

halten ist, dass im Zuge der Lehrerausbildung Referendare eine Klassenleitung übernehmen sollen.

**Staatssekretär Georg Eisenreich (Kultusministerium):** Damit kein Missverständnis entsteht, sage ich: Die Planstellen werden regional gleichmäßig auf die Regierungsbezirke verteilt. Wir können die Planstellen nicht ungleichmäßig verteilen. Das geschieht aufgrund der Schülerzahlen. Die Planstellen werden also regional verteilt, und die Planstelle selber wird in Bezug auf die Bewerber nach dem Leistungsprinzip verteilt.

Genauso ist das übrigens auch bei den Verträgen. Die besseren Verträge, das sind also unbefristete Verträge, werden auch zuerst nach Leistung vergeben, das heißt: erst die Planstellen, dann die unbefristeten und am Ende die befristeten Verträge. Ich sage das, damit es keine Missverständnisse gibt.

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Also eine regionale Verteilung!)

- In Bezug auf die Planstellen!

(Zurufe von den FREIEN WÄHLERN)

- Die Planstellen werden entsprechend den Schülerzahlen regional verteilt.

(Unruhe)

Die Planstellen sind da. Sie werden entsprechend den Schülerzahlen verteilt. Wir können nicht eine Region gegenüber den anderen Regionen bevorzugen. Die Planstellen pro Region werden nach dem Leistungsprinzip an die Bewerberinnen und Bewerber vergeben. So ist das System. Deswegen können wir nicht in eine Region in Bezug auf die Schülerzahl unverhältnismäßig viele Planstellen geben, sondern dafür gibt es eine gleichmäßige Verteilung entsprechend den Schülerzahlen.

(Unruhe)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Vielen Dank. Damit ist die Zwischenbemerkung beantwortet.

(Anhaltende Unruhe)

Vielen Dank, Herr Staatssekretär. Meine Damen und Herren, die Aussprache ist damit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Nach der Geschäftsordnung ist unserer Abstimmung die Entscheidung des die Eingaben behandelnden Ausschusses zugrunde zu legen. Der Ausschuss für

Bildung und Kultus hat beschlossen, die Eingaben gemäß § 80 Nummer 4 der Geschäftsordnung aufgrund der Stellungnahmen der Staatsregierung für erledigt zu erklären. Den Petentinnen und Petenten sind die Stellungnahmen der Staatsregierung sowie ein Protokollauszug zu übersenden.

Die Fraktionen FREIE WÄHLER und GRÜNE haben beantragt, die Abstimmung in namentlicher Form durchzuführen.

Wer dem Votum des Ausschusses für Bildung und Kultus gemäß § 80 Nummer 4 zustimmen will, den bitte ich, die blaue Ja-Karte zu benutzen. Für Gegenstimmen ist die rote Nein-Karte zu verwenden. Stimmenthaltungen sind mit der weißen Stimmkarte anzuzeigen. Die Urnen befinden sich dort, wo sie sonst auch immer sind. Mit der Stimmabgabe kann nun begonnen werden. Sind Sie mit drei Minuten einverstanden?

(Zurufe: Ja!)

- Gut, danke schön, drei Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 20.53 bis 20.56 Uhr)

Meine Damen und Herren, ich schließe die Abstimmung. Ich bitte, das Ergebnis außerhalb des Saales zu ermitteln.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Ruth Waldmann, Angelika Weikert und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "UN-Behindertenrechtskonvention ernst nehmen - Förderung der Erwerbstätigkeit von Menschen mit Behinderung", Drucksache 17/1097, bekannt: Mit Ja haben 49 gestimmt, mit Nein haben 78 gestimmt, es gab 13 Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 9)

Die übrigen Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/1098, 17/1100 bis 17/1103 sowie 17/1114 werden in die zuständigen Ausschüsse verwiesen.

Ich rufe jetzt **Tagesordnungspunkt 9** auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**  
**Bürgerschaftliches Engagement zur Chefsache machen - Amt einer bzw. eines**